

Herrn Präsident
Mag. Dr. Harald Mahrer
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Zu Punkt **7.18**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
27.6.2024

Wien, am 06.06.2024

Antrag an das WKÖ-Wirtschaftsparlament am 27.6.2024

STOPP und Rücknahme von Belastungen für Unternehmer!

Österreich ist nach wie vor ein Hochsteuerland denn mit 43,6 Prozent liegt man klar über dem EU-Durchschnitt von 41,2 Prozent und damit schwächt man massiv die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Dazu kommen noch zusätzlich massive, bürokratische Belastungen durch die EU-Vorgaben im Bereich Klimaschutz. Kein Wunder, dass wir im Standort Ranking im EU-Vergleich deutlich an Boden verlieren.

Die Konsequenzen liegen klar auf dem Tisch: Auslandsinvestoren, die einen immer größer werdenden Bogen um Europa und ganz besonders um Österreich machen, gefährden unseren Wohlstand! Der gerade veröffentlichte Auslandsinvestment-Report von EY (Ernst&Young) macht das deutlich und enthält durchaus einigen Sprengstoff. Die USA haben 2023 geringfügig mehr Auslandsinvestitionen angezogen, Asien einschließlich China viel mehr – und in Europa ist die Zahl der Auslandsinvestitionen zurückgegangen. In Deutschland sogar recht deutlich und in Österreich dramatisch. Die Zahl der Projekte ist bei uns um mehr als 20 Prozent gesunken. An den hierzulande hohen Personalkosten allein kann das übrigens nicht liegen. Die in diesem Punkt nicht gerade billige Schweiz zieht neuerdings nämlich sehr viele Investitionen aus dem Ausland an. 2023 um 58 Prozent mehr als im Jahr davor.

Wie auch immer: Investoren machen neuerdings einen Bogen um Europa und um Österreich einen besonders großen. Das Ergebnis: Die Zahl der von österreichischen Unternehmen im Ausland geschaffenen Jobs war um fast 50 Prozent höher als jene, der von ausländischen Investoren hier kreierten. Das sollte eigentlich alle Alarmglocken läuten lassen.

Wirtschaft braucht Rückenwind und eine Rücknahme der Belastungen statt neue Steuern!

Der Gegenwind für unsere Betriebe durch den Belastungsexzess der Bundesregierung ist unerträglich geworden. Anstatt die Wirtschaft zu entlasten, treibt man die Betriebe aus dem Land. Der Exodus und die damit einhergehende Deindustrialisierung Österreichs hat volle Fahrt aufgenommen und damit ist unser Wohlstand massiv gefährdet. Wir sagen daher: Stopp und sofortige Rücknahme der Wirtschaft gefährdenden Maßnahmen.

Daher stellen die unterfertigten Delegierten folgenden

ANTRAG

Der Präsident sowie die Organe der WKÖ werden dringend aufgefordert, sich in der Bundesregierung für die sofortige Entlastung der Betriebe einzusetzen. Dazu gehört die Rücknahme der Haushaltsabgabe sowie der CO₂-Bepreisung. Weiter braucht es stabile Energiepreise, ein echtes Bekenntnis zur Senkung der Lohnnebenkosten, ein klares Nein zur 32-Stunden Woche.

Um Arbeit wieder attraktiv zu machen, sollen Überstunden steuerfrei gestellt und für Pensionisten der Beitrag zur Pensionsversicherung gestrichen werden. Der jährliche Kampf und die damit verbundenen Streiks sollten mit einem Generalkollektivvertrag gelöst werden. Auch eine Kodifizierung der Kollektivverträge (z.B. 10% durchschnittliche Jahresinflation), eine gesetzl. festgeschriebene Abgeltung von 50%, bei Überzahlung auf Betriebsvereinbarung sowie einer Steuersenkung bei den Tarifstufen 3 und 4 um Vollzeit zu fördern, könnten die Betriebe auch massiv entlasten!

Mit diesen Maßnahmen könnten wir den Wirtschaftsmotor im Land wieder zum Laufen bringen, der Wirtschaft neue Hoffnung geben und den Wohlstand im Lande erhalten!



Bgm. KommR Matthias Krenn
WKÖ-Vizepräsident



Reinhard Langthaler
WP-Delegierter



Patrick Ortlieb
WP-Delegierter